

## RUSSLAND, DIE USA UND DIE NATO

## Rußland und die NATO vor der Osterweiterung: Konfrontation oder Kooperation?

Im Februar 1991, als der Warschauer Pakt vertraglich aufgelöst wurde, unterzeichnete die UdSSR ein Kommuniqué in dem „allen Staaten“ das Recht eingeräumt wurde, „zu entscheiden, ob sie Mitglieder eines Bündnisses sein wollen oder nicht. Die ... Freiheit der Wahl der einzelnen Länder wird respektiert“<sup>1</sup>. Alexander Ruzkoj, jetzt Gouverneur des Gebiets von Kursk, würde heute wohl nur noch sehr ungern daran erinnert, daß er als russischer Vizepräsident bei einem Vortrag Ende November 1991 die NATO „Garant für die Stabilität ganz Europas“ titulierte und ihre Erweiterung „unausbleiblich“ nannte; langfristig sei es auch das Ziel Rußlands, ihr beizutreten<sup>2</sup>. Letzteres wiederholte auch Präsident Boris Jelzin einen Monat später. Im August 1993 erklärte Jelzin in Warschau, nichts gegen den Wunsch Polens nach NATO-Mitgliedschaft zu haben; dies wurde in einer polnisch-russischen Erklärung auch ausdrücklich festgehalten. Einige Wochen später zog der Präsident diese indirekte Zustimmung zu einer NATO-Osterweiterung in einem Schreiben an die Führungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands wieder zurück. Nun hieß es, daß diese gegen den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ („Zwei-plus-Vier-Vertrag“) vom September 1990 verstoße<sup>3</sup>. Seit damals lehnt Moskau eine Ausdehnung der NATO nach eigenem Bekunden „scharf“, „grundsätzlich“, „prinzipiell“ und „kategorisch“ ab.

Die schwere Wirtschaftskrise hat an Rußlands Selbstverständnis als Groß- bzw. Supermacht nichts geändert; es ist nach wie vor Ausgangspunkt für seine Beziehungen zur NATO. Rußland hat wieder auf die aus der Zeit des Kalten Krieges tradierten Vorstellungen von der NATO zurückgegriffen und führt seitdem Kampagnen gegen die Osterweiterung der Allianz, die in ihrer Heftigkeit und Einseitigkeit kaum Raum für differenzierte Betrachtungen lassen. Ein Abrücken vom Widerstand gegen die NATO ist alleine wegen dessen emotionaler Verankerung in der überschaubaren Zukunft nicht zu erwarten.

Die beständigen Hinweise auf eine angebliche Bedrohung Rußlands aus dem Westen sollen zweifellos auch der Ablenkung von internen Schwierigkeiten und der Integration und Konsolidierung der Eliten wie der ganzen von der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Krise gezeichneten Gesellschaft dienen. Eine Moskauer Zeitung nannte die Allianz eine „bequeme Methode zum Export innerer Probleme. Es ist klar, daß die gewöhnliche Unruhe der Politiker belanglos und unnütz aussieht, wenn eine äußere Bedrohung der Sicherheit des Landes entsteht. Ob das ein Funktionär will oder nicht - er muß in den allgemeinen Chor jener einstimmen, die Besorgnis über das Schicksal des Landes äußern“<sup>4</sup>. Die NATO wirkt somit (ungewollt) als „Katalysator“ des „patriotischen Konsenses“ (Gerhard Simon<sup>5</sup>) in Rußland,

---

<sup>1</sup> Zitiert nach Archiv der Gegenwart 25.2.1991.

<sup>2</sup> Zitiert nach Wiener Zeitung 27.11.1991, S. 3.

<sup>3</sup> Dieser Vertrag sieht allerdings (in Art. 5) nur vor, daß auf dem Gebiet der früheren DDR nach einem Abzug der - damals noch sowjetischen - Streitkräfte keine „fremden“ Truppen und Kernwaffen stationiert werden dürfen; über die mögliche Aufnahme osteuropäischer Länder in die NATO wurde nichts ausgesagt.

<sup>4</sup> Nezavisimaja gazeta 11.2.1997, S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Gerhard Simon: Der patriotische Konsens. Aktuelle Analysen des Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) 11/1997; ders.: Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität. Visionen und Wirklichkeiten. Berichte des BIOst 33/1997, v.a. S. 9-24; ders.: Die Identität Rußlands und die internationale Politik. In: Aussenpolitik III/1997, S.245ff; ders.: Russische

der sämtliche politisch relevanten Kräfte - die schwachen „Demokraten“ („Jabloko“), Zentristen („Unser Haus Rußland“) sowie die dominierenden Nationalisten und Kommunisten - umspannt.

### **Schadet eine NATO-Osterweiterung den russischen „Reformern“?**

Zahlreiche westliche Veröffentlichungen gehen davon aus, daß das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen angeblichen „Reformern“ und „Bremsern“ bzw. „Demokraten“ und „Kommunisten/Nationalisten“ bzw. „Liberalen“ und „Konservativen“ bzw. „Tauben“ und „Falken“ auch die Außenpolitik Rußlands wesentlich determiniere, sodaß der Westen daran interessiert sein müsse, durch gezielte Zugeständnisse jeweils erstere zu stärken, um zu vermeiden, daß außenpolitische Mißerfolge Rußlands der Opposition Argumente gegen die Kremelführung liefert. Daher dürfe die NATO auf keinen Fall erweitert werden.

Solche Darstellungen der innenpolitischen Verhältnisse Rußlands werden von „demokratischen“ bzw. gemäßigten russischen Vertretern, die zu Hause stets die unverbrüchliche Einigkeit aller Lager gegen die NATO betonen, im Ausland unter Spekulation auf westliche Furcht vor einer Schwächung oder gar einem Sturz des (nach wie vor) als „Reformer“ dargestellten Jelzin gerne aufgegriffen: Sie verbreiten in der offenkundigen Absicht, jenen Kräften im Westen, die eine NATO-Erweiterung unter Hinweis auf die russische Position bekämpfen, weitere „Argumente“ in die Hand zu geben, daß diese der Opposition Munition gegen den Präsidenten liefern würde oder sogar einen Machtwechsel möglich mache.

Die skizzierte verbreitete westliche Vorstellung von der russischen Innenpolitik und die aus ihr - zur Genugtuung der russischen Seite - gezogenen Schlußfolgerungen sind den tatsächlichen Umständen aus mehreren Gründen nicht adäquat. Zunächst sollte die Unterstützung bzw. Schwächung bestimmter politischer Kräfte in Rußland nicht Sache und Sorge westlicher Staaten sein. Zweitens wird die Relevanz externer Faktoren - und konkret des Westens - für die russische Innenpolitik und interne Kräfteverhältnisse in der politischen Elite drastisch übertrieben; sie ist tatsächlich minimal. Drittens ergäbe es - selbst wenn das in der Macht und Kompetenz des Westens bzw. der NATO läge - keinen Sinn, den Kreml gegen die Opposition zu stärken, wenn beide entsprechend dem „patriotischen Konsens“ die Ablehnung jeder Osterweiterung der Allianz vertreten. Dennoch hat sich auch die US-Administration von der Befürchtung, mit einer NATO-Osterweiterung in Rußland die oppositionellen Kräfte zu stärken, zeitweise massiv beeinflussen lassen<sup>6</sup>, und die NATO hat u.a. deswegen lange keinen Zeitplan für die Aufnahme neuer Mitglieder vorgelegt, weil sie Jelzin bzw. ihm nahestehende Gruppierungen bei den letzten großen landesweiten Wahlbewegungen (Duma Ende 1995, Präsident Mitte 1996) nicht schaden wollte. Allerdings haben dabei außen- und sicherheitspolitische Fragen allgemein und konkret eine mögliche NATO-Osterweiterung keine spürbare Rolle gespielt; den Wählern waren und sind andere Probleme (Wirtschaft, Soziales, innere Sicherheit) bedeutend näher. Auch die im Westen 1995/96 verbreitete Auffassung, daß die harte russische Haltung gegenüber der NATO v.a. durch die Wahlen - als niemand Zweifel an seinem Patriotismus habe wecken wollen - zu erklären sei, hat sich als unzutreffend erwiesen: Beide Wahlgänge liegen nun geraume Zeit zurück, und die Moskauer Position ist unverändert geblieben.

---

Normalität. Kohäsion und Gefährdung durch den patriotischen Konsens. In: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 18./19.10.1997, S. 7; ders.: Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“. In: Osteuropa 12/1997, S.1179ff.

<sup>6</sup> Vgl. Jonathan Haslam: Russia's seat at the table: a place denied or a place delayed? In: International Affairs 1/1998, S. 124.

## Russische Argumente gegen die NATO

Die NATO wird von russischen Offiziellen und in der Presse (und v.a. in der Militärpublizistik) ganz überwiegend negativ, feindselig und bedrohlich dargestellt. Sie sei, so heißt es unablässig, ein „Werkzeug der USA“ und „Kind“, „Relikt“ oder „Rudiment“ des Kalten Krieges sowie ein „Instrument des Krieges“. Der seinerzeitige Generalstabschef Armeegeneral Viktor Samsonow nannte das Bündnis das „verrufenste, nuklear angefüllte Residuum der alten konfrontativen Epoche, das die für eine Militärorganisation typische Gewaltpsychologie besitzt“<sup>7</sup>. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma, den bekannten Nationalisten Sergej Baburin, verwandelt sich „die NATO aus einem militärpolitischen Block in einen rein militärischen und, was besonders gefährlich ist, aus einem Verteidigungs- in einen Angriffsblock“<sup>8</sup>.

Versicherungen der NATO und ihrer Beitrittskandidaten, daß die Allianz Rußland nicht als Feind ansehe und ihre Erweiterung gegen niemanden gerichtet sei, werden in Rußland stets als gänzlich unglaubwürdig (oder auch lächerlich) dargestellt. Die Osterweiterung gilt auch in offiziellen Dokumenten als „Bedrohung der nationalen Sicherheit Rußlands“<sup>9</sup>. Dahinter stünden u.a. ein neuer deutscher „Drang nach Osten“ und die „Interessen westlicher Rüstungskonzerne“. V.a. aber heißt es immer wieder, daß eine NATO-Osterweiterung „neue Trennungslinien in Europa schaffen“ würde.

Allerdings bekundet die NATO offiziell ständig ihr großes Interesse an guten Beziehungen mit Rußland, dem auch Kooperations- und Einflußmöglichkeiten („Partnership for Peace“/PfP, IFOR/SFOR, „Grundakte“ NATO - Rußland, Einladungen zu Manövern und Übungen) angeboten bzw. eingeräumt wurden. Die Moskauer Reaktionen waren allerdings stets kühl bis offen ablehnend. Die Teilnahme an der PfP, der Rußland seit Juni 1994 formal angehört, hält sich in engen Grenzen. Das im Mai 1995 verzögert unterzeichnete individuelle Partnerschaftsprogramm NATO - Rußland ist „eine leere Absichtserklärung geblieben und trotz mehrerer Beteuerungen der russischen Seite nicht mit konkreten Inhalten ausgefüllt worden“<sup>10</sup>. Immer wieder erheben sich in Rußland Forderungen, die - eben ohnedies sehr bescheidene - Teilnahme an der PfP zu „überdenken“<sup>11</sup>. Moskau will unbedingt alle Schritte vermeiden, die seiner Meinung nach als - und sei es indirekte - Zustimmung zu einer NATO-Erweiterung gedeutet werden könnten. Damit haben sich westliche Hoffnungen, daß Rußland (auch) über die PfP bewogen werden könnte, die NATO positiver wahrzunehmen, nicht erfüllt.

Kein einzige irgendwie relevante westliche Stimme hat jemals explizit zu einer „Isolierung“ Rußlands aufgerufen; im Gegenteil ist man sich in Europa und Nordamerika allgemein einig, daß Rußland auch sicherheitspolitisch unbedingt „eingebunden“ werden soll. Das hindert Moskau aber nicht, dem Westen genau das Gegenteil zu unterstellen. Dies läßt

---

<sup>7</sup> Zitiert nach Osteuropa 2/1998, A 78. Samsonow war - u.a. eben als Generalstabschef und als Chef des Stabes zur Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit in der GUS - selbst Leiter von „Militärorganisationen“.

<sup>8</sup> Interview, in Nezavisimaja gazeta 15.5.1998, S. 6.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. die „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“, z.B. in Krasnaja zvezda 27.12.1997, S. 1.

<sup>10</sup> Andrei Zagorski: Neuregelung der Beziehungen zwischen Rußland und der NATO. In: Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997, S. 215.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Baburin; in Nezavisimaja gazeta 15.5.1998, S. 6.

den Schluß zu, daß es Rußland weit mehr um die Wahrnehmung seiner politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele und Interessen als um eine abstrakte „Furcht“ geht, von einem Europa „isoliert“ zu werden, von dem es sich ansonsten durch die Betonung eines spezifisch russischen „Sonderweges“ selbst bewußt distanziert.

Während westliche Politiker, beginnend bei US-Präsidenten und -Verteidigungsministern und Generalsekretären der NATO (Javier Solana spricht gerne von den „russischen Freunden“<sup>12</sup>), sowie die meisten Wissenschaftler und Journalisten immer wieder zu einer Berücksichtigung „russischer Sicherheitsinteressen“ aufrufen bzw. eine solche zusagen, hat in Rußland kein irgendwie bedeutender Funktionär „Sicherheitsinteressen“ westlicher (oder beliebiger anderer) Staaten erwähnt, die „natürlich“ zu wahren seien. Es kann solche Interessen aus Moskauer Sicht auch nicht geben, denn Rußland versteht sich als a priori vollkommen friedliches Land, dem gegenüber andere Staaten keine eigenen Sicherheitsinteressen zu vertreten brauchen. Halten sie das aber - z.B. aufgrund des nach wie vor gewaltigen Militärpotentials und der Instabilität Rußlands sowie historischer Erfahrungen - dennoch für nötig, werden sie nach Moskauer Lesart zu „potentiellen Gegnern“.

Ein Beispiel für die russische Einstellung gibt die von Jelzin am 17.12.1997 bestätigte „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“, in der es u.a. heißt: „Eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Rußlands im Verteidigungsbereich bleibt die Erhaltung oder Schaffung von starken Gruppierungen von Streitkräften in an Rußland angrenzenden Regionen. Sogar beim Fehlen von aggressiven Absichten gegenüber Rußland stellen solche Gruppierungen eine potentielle militärische Bedrohung dar“<sup>13</sup>. Die Frage, wie Nachbarstaaten Rußlands die Nähe von großen russischen militärischen Kontingenten „sogar beim Fehlen von aggressiven Absichten“ Moskaus bewerten, wurde nicht gestellt. So sehen sich die über nur kleine und im Aufbau befindliche Armeen verfügenden baltischen Staaten, deren Beziehungen zu Rußland seit 1992 mehr oder weniger gespannt sind, und Polen einer erheblichen russischen Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet sowie den belorussischen Streitkräften gegenüber, und die Ukraine, Moldova und Georgien haben - durchaus nicht aus rein freien Stücken - russische Militärstützpunkte überhaupt auf dem eigenen Territorium.

Moskau besteht im atomstrategischen Bereich auf „Parität“ zu den USA, die allein in der Lage sei, „Stabilität“ in der Welt und „Sicherheit“ für Rußland zu garantieren. In Rußland wird zudem immer wieder - auch in Grunddokumenten zur Sicherheitspolitik<sup>14</sup> - argumentiert, daß sich ein bereits jetzt ungünstiges konventionelles Kräfteverhältnis mit der NATO nach einer Aufnahme weiterer Staaten in die Allianz noch weiter zu verschieben drohe, was - so Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew - „die Stabilität in Europa aus dem Gleichgewicht zu bringen“ drohe<sup>15</sup>. Allerdings ergeben auch von westlichen Autoren vorgebrachte Hinweise auf eine „Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa“ und ein für Rußland angeblich „beunruhigendes Bild“ durch eine NATO-Osterweiterung<sup>16</sup> nur dann einen Sinn, wenn man der NATO zutraut, Rußland zu bedrohen bzw. zu erpressen oder gar anzugreifen. Eine von den bekannten oder als wahrscheinlich anzunehmenden Absichten der beteiligten Akteure völlig losgelöste Betrachtung bloßer Kräfteverhältnisse läßt nämlich jede Aussagekraft vermissen.

---

<sup>12</sup> Interview, in: Der Spiegel 51/1996, S. 25.

<sup>13</sup> „Konzeption“, in: Krasnaja zvezda 27.12.1997, S. 1.

<sup>14</sup> Vgl. z.B. „Grundbestimmungen der russischen Militärdoktrin“ von 1993 (Europa-Archiv 1/1994, D 34) und „Über die nationale Sicherheit“ von Mitte 1996 (Nezavisimaja gazeta 14.6.1996, S. 8).

<sup>15</sup> Interview, in: Der Spiegel 5/1998, S. 119.

<sup>16</sup> Hans-Henning Schröder: NATO-Öffnung und russische Sicherheit. In: Osteuropa 5/1997, S. 429.

Bis 1990 waren die Streitkräfte der NATO in der Lage, im Krisen- oder Kriegsfall innerhalb von 48 Stunden ca. 110 Heeresdivisionen, 500 Schiffe und innerhalb von 12 Stunden die meisten ihrer 250 Luftwaffeneinsatzstaffeln und 230 Luftverteidigungseinheiten zu mobilisieren. Davon waren 1997 noch ca. 65% der Heeresdivisionen, 60% der Schiffe, 50% der Flugzeuge und 35% der Luftverteidigungseinheiten übrig. Die NATO hat um 20% mehr abgerüstet als sie nach dem Vertrag über konventionelle Waffen in Europa (CFE) verpflichtet gewesen wäre. Alle landgestützten NATO-Atomwaffen wurden aus Europa entfernt, 80% der Atomwaffen überhaupt abgerüstet<sup>17</sup>. Die USA haben seit dem Ende des Kalten Krieges 60% ihrer Truppen aus Europa abgezogen. Zudem sind die Bereitschaftsgrade deutlich reduziert. - Alle diese Maßnahmen werden in Rußland allerdings entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder bagatellisiert, obwohl sich die Frage nach ihrem Sinn stellt, wenn die Allianz angeblich - wie Moskau standhaft behauptet - Rußland weiterhin als „Hauptfeind“ ansieht, dieses bedrohen oder sogar angreifen könnte.

Immer wieder wird - in Rußland wie im Westen - vor einer angeblich zu schnellen Erweiterung der NATO gewarnt. Ungarn, Tschechien und Polen sollen 1999, anlässlich der 50-Jahr-Feiern der Allianz, aufgenommen werden - also fast zehn Jahre, nachdem in Ungarn erstmals eine NATO-Mitgliedschaft ventiliert worden war. Daher stellt sich die Frage, inwieweit von „Hast“ und „Eile“ gesprochen werden kann. Zeitweise hat Rußland auch auf die - von ihm naturgemäß besonders hoch angesetzten - Kosten einer NATO-Osterweiterung für den Westen hingewiesen. Das wäre allerdings kein russisches Problem; Moskauer „Sorgen“ um westliche Finanzen sind wenig seriös.

### **Rußlands Forderungen an die NATO**

Russische Maximalforderung war und ist die Auflösung der NATO: Sie habe ihre Existenzberechtigung mit dem Zerfall von Warschauer Pakt und UdSSR verloren, und von Rußland gehe (natürlich) keinerlei Gefahr aus. Da dies aber derzeit nicht realistisch erscheint, konzentriert man sich darauf, „Reformen“ der Allianz zu verlangen, die auf nicht weniger als den faktischen Verzicht auf die Rolle eines selbständigen Militärbündnisses hinauslaufen:

- Die europäische Sicherheit muß von den Europäern gewährleistet werden, sodaß der Einfluß der USA in der NATO drastisch einzuschränken ist;
- die NATO darf ihre Infrastruktur nicht auf allfällige neue Mitglieder ausdehnen (siehe unten);
- Rußland geht es darum, „über NATO-Mechanismen diese oder jene russische Interessen zu realisieren“<sup>18</sup>; v.a. will es über den durch die „Grundakte“ geschaffenen NATO-Rußland-Rat echten Einfluß auf Entscheidungen der NATO bekommen (siehe unten);
- die NATO hat eine „politische Union im Rahmen der OSZE“ zu werden<sup>19</sup> (siehe unten);
- die NATO darf nur noch Peacekeeping-Operationen auf der Grundlage von UNO- und OSZE-Mandaten ausführen.

Damit würde die NATO „Krisenfeuerwehr“ von - ob ihrer Größe und den sehr widersprüchlichen Interessen ihrer Mitglieder oft ineffektiven - Organisationen ohne eigene militärische

---

<sup>17</sup> Diese Zahlen nach Klaus Naumann (= Vorsitzender des Militärausschusses der NATO): Die neue NATO. Wien 1997, S. 6; Why NATO should enlarge: Answers to critics. NATO Office of Information and Press. Brussels 1997, S. 2.

<sup>18</sup> Rossijskaja gazeta 3.7.1997, 7.

<sup>19</sup> Jelzin, zitiert nach Krasnaja zvezda 4.10.1997, S. 2 bzw. Austria Presse Agentur (APA) 313, 1.10.1997.

Strukturen, in denen Rußland ein Vetorecht hat. Die NATO würde praktisch der UNO bzw. der OSZE unterstellt und wäre in ihrer Aktionsfähigkeit von russischem Wohlwollen abhängig. Allerdings wäre unklar, wie die NATO selbst Peacekeeping-Missionen durchführen könnte, wenn eine auf einer Pressekonferenz im September 1995 erhobene Forderung Jelzins realisiert würde: „Die NATO darf keine irgendwie bewaffnete Organisation sein“<sup>20</sup>.

Russische Vertreter zeigen immer wieder ihre Unzufriedenheit über die ihrer Meinung nach zu langsame bzw. überhaupt fehlende „Transformation“ der NATO. Sergejew nannte die NATO „wenig reformiert“; sie bleibe „nach wie vor vor allem ein Militärblock“<sup>21</sup>. Die Frage, inwieweit es einem Land zukommt, tiefgreifende „Reformen“ einer Organisation (bzw. sogar deren „Liquidierung“) zu fordern, der es selbst nicht angehört, stellt sich für Rußland nicht. Es würde jedenfalls allfällige (faktisch nicht zu erwartende) westliche „Reformvorschläge“ für die GUS bzw. deren Militärorganisation kategorisch zurückweisen. Daher sind keine Gründe zu sehen, aus denen Moskau ein Mitspracherecht bei Reformen in der NATO eingeräumt werden sollte. Zudem steht das Drängen Moskaus auf eine „Demilitarisierung“ der NATO in offensichtlichem Widerspruch zu seinen eigenen Bemühungen, die „Integration“ in der GUS auch und gerade auf militärischem Gebiet zu forcieren.

Die OSZE-Politik Rußlands ist klar seinen Zielen in den Beziehungen zur NATO untergeordnet und soll v.a. einen aus seiner Sicht drohenden „NATO-Zentrismus“, dessen Teil die Osterweiterung sei, abwenden helfen. Folgerichtig bemüht sich Moskau, die Bedeutung der NATO für die europäische Sicherheit so gering wie möglich zu halten, und besteht darauf, daß alleine die OSZE Hauptforum für entsprechende Entscheidungen sein müsse. Ein derartiger Ansatz ist auch im Westen populär, obwohl die OSZE in den Krisen auf dem Balkan und in der GUS keine entscheidenden Vermittlungserfolge erzielen konnte und sich gerade KSZE- bzw. OSZE-Dokumente gegen die russischen Versuche, eine NATO-Mitgliedschaft ostmitteleuropäischer Länder zu verhindern, ins Treffen führen lassen. So heißt es in einer Deklaration, die am KSZE-Gipfeltreffen in Budapest Ende 1994 verabschiedet wurde: „*The participating States each have the sovereign right to belong or not to belong to international organizations, and to be or not to be a party to bilateral treaties, including treaties of alliance*“<sup>22</sup>. Ein am OSZE-Gipfeltreffen in Lissabon Ende 1996 beschlossenes Dokument bekräftigte u.a. „das ureigene Recht eines jeden Teilnehmerstaates, seine Sicherheitsvereinbarungen *einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen* oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten“<sup>23</sup>.

### **Das Dreieck NATO - Ostmitteleuropa - Rußland**

Es gibt kaum einen Zweifel, daß die NATO von den beitragswerbenden Staaten auch als Rückversicherung vor unabsehbaren Entwicklungen in Rußland angesehen wird, die sich z.B. in Form von offenen restaurativen Ansprüchen auch auf Ostmitteleuropa auswirken könnten. Die ostmitteleuropäischen Staaten betonen allerdings offiziell, daß ihr Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft nicht gegen „dritte Staaten“ - womit eben v.a. Rußland gemeint ist - gerichtet ist. Diese gilt als wichtiges äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Westen, von dem man

---

<sup>20</sup> Press-konferencija prezidenta RF Borisa El'cina. In: Federal n' jus 8.9.1995.

<sup>21</sup> Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 30.1.1998, S. 1.

<sup>22</sup> Zitiert nach Peter Schmidt: Stand und Perspektiven der NATO-Erweiterung. Kritik der Kritik. In: Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997, S. 258.

<sup>23</sup> Zitiert nach Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 1/1997, S. 78f. Hervorhebung vom Autor.

sich 40 Jahre lang unfreiwillig abgetrennt fühlte<sup>24</sup>. Außerdem glaubt man vielfach an die Möglichkeit, akute und latente Nationalitätenprobleme und Gebietsstreitigkeiten im Rahmen der europäischen bzw. euro-atlantischen Integration entschärfen bzw. auflösen zu können.

Rußland bestreitet demgegenüber naturgemäß eine stabilisierende Wirkung einer NATO-Erweiterung und nimmt den Standpunkt ein, daß ein NATO-Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten bereits deshalb überflüssig sei, weil es keine „Gefahr aus dem Osten“ gäbe. Insgesamt ist auffallend, daß Moskau die Allianz selbst immer weit heftiger verbal angegriffen hat als die Beitrittswerber. Die Ursache dafür ist, daß es diesen die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Entschlusses, sich der NATO anzuschließen, abspricht und stattdessen dem Westen unterstellt, sie in die Allianz „gedrängt“ zu haben. Im Mittelpunkt der russischen Kritik an der NATO stehen die USA: „Das Verhältnis zum westlichen Bündnis bleibt zentraler Aspekt eines auf die USA fixierten Konkurrenzanspruchs der russischen Außenpolitik“<sup>25</sup>. Die NATO-Osterweiterung zeuge, so meinte denn auch die russische Militärzeitung „Roter Stern“, vom „imperialen Denken der USA“<sup>26</sup>.

In der russischen Presse - darunter in offiziellen Blättern - wird immer wieder der angeblich zu schnelle Abzug (oder der Abzug als solcher) der sowjetischen bzw. russischen Truppen aus den früheren Mitgliedsländern des Warschauer Paktes kritisiert, der maßgeblich dazu beigetragen habe, eine NATO-Erweiterung überhaupt erst möglich zu machen<sup>27</sup>. Zudem gibt es Hinweise, daß sich Moskau nicht von der Vorstellung gelöst hat, irgendwann nach Überwindung der gegenwärtigen „Schwäche“ seinen früheren Einfluß auf Ostmitteleuropa zumindest teilweise wiederherstellen zu können<sup>28</sup>. Diese Aussicht sowie russische Drohungen mit Wirtschaftssanktionen (siehe unten) oder sogar militärischer Gewalt (v.a. gegen die baltischen Staaten<sup>29</sup>) lösten bei den Ostmitteleuropäern allerdings weder Besorgnis noch größere Bereitschaft aus, Moskauer Anliegen vermehrt Rechnung zu tragen - sie fühlten sich im Gegenteil in ihrem Kurs in die NATO nur noch bestätigt.

### **Westliche Positionen**

Geraume Zeit liefen zahlreiche Aussagen westlicher Politiker zumindest indirekt darauf hinaus, daß ihnen die Nachdrücklichkeit der Forderungen ostmitteleuropäischer Staaten nach NATO-Mitgliedschaft angesichts des russischen Drucks unangenehm ist und sie sich wünschen würden, diese Frage auf unbestimmte Zeit verschieben zu können. Zeitweise sah es einem Bericht der Friedrich Ebert-Stiftung der SPD zufolge so aus, daß der Westen bei der Entscheidungsfindung zur NATO-Erweiterung „*nicht die Abwägung der Eigeninteressen der NATO, der NATO-Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten ..., sondern die Interessen*

---

<sup>24</sup> Vgl. dazu Fouzieh Melanie Alamir/August Pradetto: Identitätssuche als Movers der Sicherheitspolitik. Die NATO-Erweiterungsdebatte im Lichte der Herausbildung neuer Identitäten im postkommunistischen Ostmitteleuropa und in der Allianz. In: Osteuropa 2/1998, S. 134ff.

<sup>25</sup> Heinrich Vogel: Gesicherte Partnerschaft? Das Verhältnis NATO-Rußland. In: Internationale Politik 7/1998, S. 33.

<sup>26</sup> Krasnaja zvezda 13.1.1998, S. 3.

<sup>27</sup> Vgl. z.B. Rossijskaja gazeta 2.4.1997, S. 7; Nezavisimaja gazeta 7.5.1997, S. 1.

<sup>28</sup> So meinte der Jelzin-Berater Andranik Migranjan vor bulgarischen Politikern, daß es falsch sei anzunehmen, daß Rußland keine imperiale Macht mehr sein wolle - es habe bloß zur Zeit keine Mittel dazu (nach Die Presse 24.12.1997, S. 5).

<sup>29</sup> Vgl. Martin Malek: Die europäische Dimension der Sicherheitspolitik Rußlands. Grundlagen - aktuelle Entwicklungen - Perspektiven. Wien 1997, S. 179f; ders.: Sicherheitsprobleme der baltischen Staaten. In: ÖMZ 4/1997, S. 461f.



Rußlands“ in den Mittelpunkt stellte<sup>30</sup>. In diesem Kontext stand auch das lange Zögern der NATO, einen Zeitplan für die Aufnahme neuer Mitglieder auch nur in Aussicht zu stellen. Die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrates (Ende 1991) und der Pfp (Anfang 1994) sollte einerseits die Beitrittswerber „ruhigstellen“ und andererseits Rußland zeigen, daß ohnedies keine forcierte Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO beabsichtigt ist. Ein erklärter Gegner jeder NATO-Ausdehnung vermutete denn auch, daß es die ursprüngliche (wenngleich nicht offen deklarierte) Absicht von Pfp war, „die Vorschläge zur NATO-Osterweiterung vom Tisch zu bringen“<sup>31</sup>.

Jene westlichen Politiker und Politologen, die eine Osterweiterung der NATO unter Verweis auf russische „Sicherheitsinteressen“ verwerfen, würden umgekehrt wohl kaum Ungarn, Polen und Tschechien unterstützen, wenn diese - unrealistisch genug - unter Berufung auf ihre „Sicherheitsinteressen“ den Austritt Rußlands aus der GUS (oder zumindest eine Auflösung ihrer Militärstrukturen) verlangten. Zudem ist kein Grund zu sehen, aus dem die Sicherheitsinteressen Rußlands höher bewertet werden sollten als die der ostmitteleuropäischen Staaten, die sie eben durch eine Mitgliedschaft in der NATO am besten gewahrt sehen.

Kritiker im Westen lehnen eine NATO-Erweiterung auch mit dem Argument ab, daß diese die „Beziehungen zu Moskau belasten“ würde. Umgekehrt wird in Rußland grundsätzlich nicht zum Verzicht auf bestimmte politische Schritte aufgerufen, weil diese das Verhältnis zum Westen „belasten“ könnten. Kaum ein westlicher Politiker hat Moskau vor einer Verschlechterung der Beziehungen gewarnt, obwohl dessen Politik dafür durchaus Anlässe gegeben hätte bzw. gäbe: Die von Jelzin veranlaßte Intervention in Tschetschenien (1994-96), die nach Angaben des ehemaligen Sekretärs des russischen Sicherheitsrates, General a.D. Alexander Lebed, ca. 80.000 Tote und 240.000 Verletzte forderte<sup>32</sup>; Unterstützung bewaffneter prorussischer Separatisten in der GUS (Abchasien, Südossetien, Dnjestr-Gebiet, Berg-Karabach); Gebietsansprüche hoher russischer Gremien (z.B. des Parlaments) oder Funktionäre (z.B. des Bürgermeisters von Moskau) an die Ukraine (v.a. auf Sewastopol und die Krim); keine Ratifizierung von Abrüstungsverträgen (wichtig v.a. START II); Vollstreckung von Todesurteilen auch nach der Aufnahme in den Europarat; demonstrativ enge Beziehungen zu autoritären bzw. totalitären Regimen (v.a. Belarus, Tadschikistan, Serbien, Iran, Irak); eine mitunter überaus harsche Rhetorik, die sich zu Warnungen vor einem „Krieg in ganz Europa“ (Jelzin am 8.9.1995 anlässlich der Bombardierung von Stellungen der bosnischen Serben durch NATO-Kampfflugzeuge) und einem „Dritten Weltkrieg“ (so Jelzin wie auch der kommunistische Dumavorsitzende Gennadij Selesnjow Anfang Februar 1998 zur Irak-Krise) steigerte. All das hat aber keine Irritationen ausgelöst - „im Gegenteil, der Westen antwortete auf die geschlossene antiwestliche Rhetorik mit Beschwichtigungen und Angeboten zur Zusammenarbeit“<sup>33</sup>.

Im Westen hoffte man insbesondere, Moskau durch zahlreiche Zugeständnisse - (weitere) Aufstockungen der CFE-Quoten Rußlands an den „Flanken“ im Nordwesten und Süden, Teilnahme Jelzins an den Sitzungen der Gruppe der wichtigsten Industrieländer (G-7; von Rußland längst in „G-8“ umbenannt), Aufnahme in internationale Finanzorganisationen, immer neue Kredite u.a. von (von westlichen Staaten dominierten) internationalen

---

<sup>30</sup> Henrik Bischof: Rußlands Wahlen und die NATO-Osterweiterung. Friedrich Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Außenpolitikforschung. Bonn, April 1996, S. 1.

<sup>31</sup> Ernst-Otto Czempel: In der Realismusfalle. Kritik einer außenpolitischen Maxime. In: Merkur 1/1998, S. 22.

<sup>32</sup> Nach Izvestija 5.9.1996, S. 1; APA611, 2.10.1996.

<sup>33</sup> Simon a.a.O. (Anm. 5 [Auf der Suche...]), S. 1182.

Finanzorganisationen, Aufnahme in den Europarat (Anfang 1996, d.h. während der Intervention in Tschetschenien) - die NATO-Erweiterung doch noch „schmackhaft“ zu machen. Rußland hat allerdings alle ihm angebotenen „NATO-Zuckerln“<sup>34</sup> angenommen, um dann weiterhin gegen eine Ausdehnung der Allianz zu agitieren. Alle Schritte, die ein Entgegenkommen signalisieren sollten, führten lediglich dazu, daß sich der russische Widerstand intensivierte - Rußland fühlte sich durch „ewiges Lavieren ... nur in einer trotzigem Protesthaltung bestärkt“<sup>35</sup>. Eine „demokratische“ Moskauer Zeitung urteilte, daß die Versuche westlicher Politiker, die russische Position zu einer NATO-Ausdehnung aufzuweichen, „genau das gegenteilige Resultat erbracht haben“<sup>36</sup>. Und: „Es entsteht der Eindruck, daß der Appetit russischer Politiker, die mit der NATO verhandeln, abhängig davon wächst, wie oft neue ‚Parlamentarier‘ der Allianz nach Moskau kommen, um sie zu überreden“<sup>37</sup>. Ein deutsches Nachrichtenmagazin, dem schwerlich eine Nähe zu einer „Mentalität des Kalten Krieges“ zu unterstellen ist, urteilte: „Die Bilanz westlichen Entgegenkommens ist ... ernüchternd. Die russische Außenpolitik ist aggressiver, keineswegs partnerschaftlicher geworden“<sup>38</sup>. Tatsächlich hat Rußland keine Notwendigkeit, seine Politik - und konkret das Verfahren, nach der Erfüllung alter Forderungen sofort neue zu stellen - zu ändern, solange vom Westen bzw. der NATO keine Bedingungen geschaffen werden, die dies erforderlich machen würden.

## **Ansätze zur Kooperation NATO - Rußland**

### ***1. Peacekeeping in Bosnien***

Die damaligen Verteidigungsminister der USA und Rußlands, William Perry und Armeegeneral Pawel Gratschow, verhandelten mehrmals über den Modus der russischen Teilnahme an der internationalen Friedenstruppe IFOR. Rußland lehnte dabei eine Unterstellung seiner Truppen unter NATO-Kommando von Anfang an ab und setzte sich durch; Gratschow zufolge erfüllte die US-Seite die russischen Forderungen zur Organisation der Kommandostruktur „vollkommen“<sup>39</sup>. Es blieb letztlich unklar, warum die USA Rußland, das an seiner Unterstützung Serbiens (und der Serben in Kroatien und Bosnien, darunter der als Kriegsverbrecher angeklagten Radovan Karadzic und Ratko Mladic) nie ein Hehl gemacht hat, unbedingt bei dieser sensiblen Mission dabeihaben wollten und dafür bereit waren, auf alle Ansprüche Moskaus einzugehen. Es wurde vermutet, daß sich die USA von einer russischen Teilnahme an IFOR bzw. der Nachfolgemission SFOR eine Aufweichung der Moskauer Haltung zu einer NATO-Ausdehnung erwartet haben. Solche Hoffnungen war von russischen Kommentatoren allerdings von Anfang an als unbegründet zurückgewiesen worden.

Wie bereits die russischen Angehörigen der UNO-Friedenstruppe UNPROFOR in Kroatien fraternisierten auch die russischen Soldaten in Bosnien mit den Serben. Moskau verurteilte zudem die - von westlichen Einheiten ohnedies mit wenig Nachdruck betriebene - „Jagd nach Kriegsverbrechern“ (die mehrheitlich Serben sind) stets als „Überschreitung des Mandats“ der IFOR/SFOR.

---

<sup>34</sup> So eine Artikelüberschrift im Kurier 20.9.1996, S. 5.

<sup>35</sup> NZZ 23./24.3.1996, S. 1.

<sup>36</sup> Segodnja 19.2.1997, S. 1.

<sup>37</sup> Segodnja 20.2.1997, S. 3.

<sup>38</sup> Der Spiegel 8/1996, S. 23; vgl. auch NZZ 23./24.3.1996, S. 1f.

<sup>39</sup> Nach Segodnja 10.11.1995, S. 1.

## 2. Die „Grundakte“

Als Rußland eine „Stimme“ bzw. sogar ein „Mitspracherecht“ in der NATO forderte, sah man das im Westen (ohne vorangegangene Abwägung der damit verbundenen Vor- und Nachteile für die Allianz) allgemein als gerechtfertigt an. Die NATO erhob keine Forderung nach einer Vertretung in den militärischen Instanzen der GUS, die bereits aus Gründen der Reziprozität durchaus Sinn gemacht hätte.

Auch angesehenere westliche Medien behaupteten nach der Einigung auf die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Rußländischen Föderation“, daß Moskau damit einer Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO zugestimmt habe<sup>40</sup>. Diese Einschätzung entbehrt allerdings jeder Grundlage. Russische Vertreter haben vor und nach der Unterzeichnung des Dokuments (27.5.1997 in Paris) keinen Zweifel daran gelassen, daß es - ebenso wie alle sonstigen Verhandlungen, Verträge, gemeinsame Institutionen, Missionen, Übungen, Manöver und finanzielle Unterstützungen - ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zur NATO-Osterweiterung nicht ändern kann. Die „Grundakte“ solle, so wurde offiziell immer wieder betont, lediglich „den Schaden für die nationalen Interessen Rußlands minimieren“, den eine größere NATO unweigerlich mit sich bringen werde.

Bei den Verhandlungen um die „Grundakte“ waren nach dem Eindruck einer Moskauer Zeitschrift „die Anstrengungen der russischen Politiker darauf gerichtet, ein Maximum an Zugeständnissen des Westens herauszuholen und dabei dessen Unwillen auszunutzen, eine schwere Krise in den Beziehungen zu Rußland zu bekommen“<sup>41</sup>. Die Reaktionen auf die Einigung auf die „Grundakte“ waren dann im Westen praktisch einhellig positiv bis euphorisch. In Rußland dominierten dagegen skeptische bis schroff ablehnende Einschätzungen und Zweifel am Willen der NATO, das Dokument - und v.a. die Zusicherungen, in neuen Mitgliedsländern keine Atomwaffen und ständige Truppenkontingente zu stationieren - einzuhalten: Während der Verhandlungen über die deutsche Einheit (1990) sei mündlich zugesichert worden, daß die NATO nicht erweitert werde, und nun geschehe es doch. Daher sei auch den Behauptungen der NATO, daß sie niemanden bedrohe, nicht zu trauen<sup>42</sup>.

Die in der „Grundakte“ verankerten Selbstbeschränkungen der NATO könnten dazu führen, daß „zwei Klassen“ von Mitgliedern entstehen, und im Gegensatz zu russischen Behauptungen dürfte es „selbst in Krisenzeiten für die NATO politisch sehr schwierig werden, militärische Verbände auf dem Gebiet der östlichen NATO-Partner zu dislozieren“<sup>43</sup>. Rußland übernahm demgegenüber keine Begrenzungen bei der Stationierung von Streitkräften in seinem westlichen und südlichen GUS-Vorfeld, d.h. in Belarus, dem Dnjestr-Gebiet (Moldova), der Krim (Ukraine), Armenien und Georgien; sie werden auf jeden Fall bleiben. Zudem beinhaltet die „Grundakte“ auch die alte russische Forderung einer „Anpassung“ des 1990 abgeschlossenen CFE-Vertrages angesichts eines „veränderten europäischen Sicherheitsumfeldes“<sup>44</sup>, was auf höhere Rüstungsquoten für Rußland bzw. niedrigere für die NATO hinauslaufen wird; entsprechende Verhandlungen laufen.

---

<sup>40</sup> Vgl. z.B. die Schlagzeile der International Herald Tribune 15.5.1997: „Russia Agrees to NATO Expansion“.

<sup>41</sup> Novoe vremja 11/1997, S. 31.

<sup>42</sup> Vgl. z.B. den Gastkommentar des Leiters der Hauptverwaltung für militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums, Generaloberst Leonid Iwashow, in Nezavisimoe voennoe obozrenie 29/1998, S. 7.

<sup>43</sup> Karl Heinz Kamp: NATO-Rußland-Grundakte: Trojanisches Pferd oder Meilenstein des Ausgleichs. In: Aussenpolitik IV/1997, S. 321.

<sup>44</sup> Vgl. die „Grundakte“, in: Internationale Politik 9/1997, S. 82.

Die „Grundakte“ enthält mehrere nicht näher bestimmte bzw. dehbare Formulierungen. Der „Kampf verschiedener Interpretationen“<sup>45</sup> begann bereits vor ihrer Unterzeichnung; es wurde sofort klar, daß Moskau die Kompetenzen des NATO-Rußland-Rates extensiv auszulegen gedenkt. Jelzin erklärte, daß Rußland nun jede Entscheidung der NATO, mit der es nicht einverstanden ist, blockieren könne. Das wurde von Solana, US-Präsident Bill Clinton und seiner Außenministerin Madeleine Albright bestritten, und tatsächlich heißt es in der „Grundakte“, daß sie der NATO und Rußland keinerlei Vetorecht in Angelegenheiten der jeweils anderen Seite einräumt und die jeweiligen Rechte auf unabhängige Entscheidungsfindung und unabhängiges Handeln nicht beeinträchtigt. Jelzin bekräftigte jedoch mit einer Drohung die russische Absicht, auf Entscheidungen der NATO Einfluß zu nehmen: „Wenn die NATO Beschlüsse faßt, ohne die russische Meinung in Betracht zu ziehen, werden wir unsere Beziehungen mit der Allianz überprüfen müssen“<sup>46</sup>.

Für den bekannten Politologen Sergej Rogow, Direktor des Instituts für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften Rußlands, ist aufgrund der „Grundakte“ klar, daß alle Aktivitäten der NATO unter Einsatz von Gewalt - mit Ausnahme der Verteidigung bei einer seiner Meinung nach „äußerst unwahrscheinlichen“ Aggression gegen das Bündnis - nun mit Rußland „abgestimmt“ werden müssen. Folglich „entziehen wir dem Westen die ‚Freiheit der Hände‘ und machen z.B. so einseitige Aktionen wie die Bombardements der bosnischen Serben 1995 (vor denen die NATO den Serben eine Liste der Ziele übergeben hat, Anm. d. Verf.) unmöglich“<sup>47</sup>. Die Frage, warum sich die NATO von Rußland angeblich die „Freiheit der Hände“ hat „entziehen“ lassen, wurde von Rogow nicht aufgeworfen.

Die „Grundakte“ soll explizit nicht die Hauptverantwortung des UNO-Sicherheitsrates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschneiden. Bei ihrer Umsetzung würden die NATO und Rußland ihre Verpflichtungen aus dem Völkerrecht und aus internationalen Übereinkünften einschließlich der UNO-Charta einhalten. - In der Darstellung des stellvertretenden russischen Außenministers Nikolaj Afanasjewskij bedeutet dies, daß „jegliche Aktivitäten“ der NATO, darunter Aktionen mit Elementen des Zwangs und militärischer Gewalt, nur auf der Grundlage eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates durchgeführt werden können. Daher habe Rußland als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates die Möglichkeit, „die Einhaltung der Normen des Völkerrechts zu sichern“<sup>48</sup>.

Dabei handelt es sich zweifellos um russische Überinterpretationen. Sie entspringen aber der bereits ab 1994, v.a. aber 1995 verfolgten Linie Rußlands, weit weniger eine echte und für beide Seiten fruchtbringende militärpolitische Zusammenarbeit mit der NATO im Interesse internationaler Stabilität zu suchen als einen verbindlichen Mechanismus herzustellen, über den es seine Interessen gegenüber und in der Allianz artikulieren und so weit wie möglich durchsetzen kann<sup>49</sup>. Der NATO-Rußland-Rat stellt nun eben diesen Mechanismus bereit. Moskau kann mit ihm die politische Agenda der NATO beeinflussen und die vorgesehenen Konsultationen in die von ihm gewünschte Richtung lenken. Es hat die Möglichkeit, im Rat im Prinzip jedes Thema auf die Tagesordnung zu setzen und damit öffentlichkeitswirksam zu machen. Wenn sich die NATO dann nicht (im Westen wie in Rußland) dem Vorwurf aussetzen möchte, Moskau aus der europäischen Sicherheitsarchitektur „auszugrenzen“, steht

---

<sup>45</sup> So Jelzins damaliger Pressesprecher Sergej Jastrzhembskij; zitiert nach APA198, 20.5.1997.

<sup>46</sup> Zitiert nach APA132, 19.5.1997.

<sup>47</sup> Sergej Rogow: Rassirenje NATO i Rossija. In: Morskij sbornik 7/1997, S. 18.

<sup>48</sup> Nikolaj Afanas'evskij: Rossija - NATO: Povорот k mnogopol'jusnomu miru. In: Orientir 8/1997, S. 17f.

<sup>49</sup> Zagorski a.a.O. (Anm. 10), S. 216f.

sie unter ständigem Legitimationsdruck ihrer Entscheidungen und ist damit de facto gezwungen, sich mit einem der Allianz nicht angehörenden Land zu arrangieren.

Rußland mißt die Kooperationsbereitschaft der NATO ihm gegenüber auch und gerade daran, wieweit ihm im NATO-Rußland-Rat ein effektives Mitspracherecht bei Entscheidungen des Bündnisses eingeräumt wird. Sergejew meinte, daß „jetzt alles getan werden“ müsse, „damit die Stimme Rußlands dort Gehör findet“. Andernfalls bestehe die „reale Gefahr“, daß der Rat zu einem „rein dekorativem Gremium“ verkomme<sup>50</sup>. Die russische Seite versucht denn auch konsequent, die Befugnisse des Rates - und damit ihre Eingriffs- und Interventionsmöglichkeiten in die inneren Angelegenheiten der NATO - auszuweiten. So trachtete sie, dem Gremium die politische Führung der SFOR-Mission in Bosnien zu übertragen. Zudem nutzt Moskau den Rat, um Geld zu fordern: So wollte es westliche Finanzhilfe für 500.000 vorzeitig ausscheidende Militärs lukrieren, und dann verlangte es Mittel vom Westen, weil es andernfalls die vertraglichen Verpflichtungen für Zwischenlagerung und Vernichtung seiner Chemiewaffen nicht erfüllen könne<sup>51</sup>.

Bereits Ende 1997 zeichnete sich ab, daß Moskau über den NATO-Rußland-Rat in seinem Sinne auf die Begleitumstände der NATO-Osterweiterung - wenn diese schon nicht zu verhindern sein sollte - einzuwirken trachtet. Es möchte Ausmaß der Integration Polens, Tschechiens und Ungarns in die Allianz möglichst gering halten und erreichen, daß die NATO-Infrastruktur (Militärbasen, Flugplätze, Lager, Kommunikation usw.) in neuen Mitgliedsländern so bescheiden wie nur irgendwie möglich bleibt - auch wenn es niemals zuliebe, daß andere Länder ihm „Vorschläge“ zum Aufbau seiner militärischen Infrastruktur machen und die „Grundakte“ für diesen Bereich lediglich „Informationsaustausch und Konsultationen“ vorsieht.

Russische Spitzenvertreter, allen voran Jelzin, nannten eine Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO immer wieder „rote Linie“, die nicht überschritten werden dürfe. Wenn dies doch geschehe, sei eine „radikale Revision“ der Beziehungen zur NATO unausbleiblich. Die Militärzeitung drohte zudem mit einem „Komplex konkreter Aktionen auf den Gebieten Politik, Wirtschaft und Militär“ und einer Rückkehr zum Kalten Krieg<sup>52</sup>. Die baltischen Staaten (von GUS-Staaten ganz abgesehen) haben aus „Rücksicht“ der NATO auf Rußland in der nächsten Zukunft denn auch keine Aussichten, Mitglieder der Allianz zu werden. Dies läuft darauf hinaus, daß Moskau - entgegen allen Versicherungen der NATO - doch ein „kaltes Vetorecht“<sup>53</sup> in einer zentralen Frage, nämlich eben der Aufnahme neuer Mitglieder, hat. Dem steht kein auch nur annähernd vergleichbarer Mechanismus des Westens in der GUS (bzw. deren Militärinstitutionen) gegenüber. Je länger zudem Estland, Lettland und Litauen nicht der NATO beitreten können, desto eher wird man in Moskau geneigt sein, eine westliche Anerkennung des Baltikums als Bestandteil der russischen „Interessensphäre“ zu unterstellen. Dies konterkariert jedenfalls offenkundig die erklärten außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Balten. Moskau ist jedoch nicht nur gegen eine NATO-Mitgliedschaft, sondern gegen jede Einbeziehung der baltischen Staaten in NATO-Aktivitäten und -Initiativen und kritisiert heftig eine angebliche „stille Eskalation der NATO-Präsenz in der Region“<sup>54</sup>.

---

<sup>50</sup> Interview, in Der Spiegel 5/1998, S. 119.

<sup>51</sup> Vgl. ÖMZ 1/1998, S. 88f.

<sup>52</sup> Krasnaja zvezda 25.6.1998, S. 3.

<sup>53</sup> Botho Kirsch: Russischer Großmachtchauvinismus. In: Epoche 137/1998, S. 41.

<sup>54</sup> Krasnaja zvezda 25.6.1998, S. 3.

Ohne die Pläne zur NATO-Erweiterung hätte es sehr wahrscheinlich nie eine „Grundakte“ und damit einen NATO-Rußland-Rat gegeben, der Rußland, wie dargestellt, erheblichen Einfluß verspricht; damit hat es von der Ausdehnung der Allianz bereits vor deren definitiven Vollzug profitiert. Die NATO ist russischen Forderungen entgegengekommen, ohne eine Zustimmung (oder wenigstens ein Stillhalten) Moskaus zu einer Osterweiterung zu erhalten oder auch nur zu verlangen. Damit ergibt sich die einer gewissen Ironie nicht entbehrende Situation, daß Rußland für seinen fortgesetzten Widerstand gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in eine Organisation, der es selbst nicht angehört, mit einer lauten „Stimme“ in eben dieser Organisation belohnt wurde. Es ist auch durchaus kurios, daß Moskau nun in der NATO, dem stärksten Militärbündnis der Welt, mehr Einfluß geltend machen kann als in der formal zu Rußland gehörenden vergleichsweise winzigen nordkaukasischen Republik Tschetschenien mit ihren noch ca. 600.000 Einwohnern, die sich dem russischen Zugriff erfolgreich entzogen hat.

## **Mögliche Folgen einer Osterweiterung der NATO**

### ***1. Eine neue Aufrüstung Rußlands?***

Rußlands Macht und Einfluß in der Welt gründen sich in erster Linie auf seine gewaltige flächenmäßige Ausdehnung, den Reichtum an Bodenschätzen und die Streitkräfte (und v.a. das strategische Atompotential). Im Bewußtsein dieses Umstandes hält die russische Führung trotz der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise die Militärausgaben in einer für die (weit wohlhabenderen) westeuropäischen Staaten undenkbaren Höhe. In der russischen Öffentlichkeit ist - zumal unter Hinweis auf eine „drohende“ NATO-Osterweiterung - die Forderung nach (noch) höheren Militärausgaben durchaus populär, obwohl gleichzeitig ganze Berufsgruppen monatelang keinen Lohn erhalten und die Infrastruktur des Landes (Verkehrs- und Fernmeldewesen, Energieversorgung usw.) teilweise in beklagenswertem Zustand ist.

Rüstungsprojekte in Rußland werden zwar natürlich immer wieder unter Hinweis auf die NATO gerechtfertigt, doch dürfte es in vielen Fällen schwierig sein, einen stringenten Zusammenhang zwischen den Plänen zu ihrer Erweiterung und der Initiierung bzw. Fortführung von derartigen Projekten zu belegen. Großunternehmen haben zwangsläufig eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren und wurden auch durch die Wirtschaftskrise teilweise erheblich gebremst, sodaß noch aus der Sowjetzeit stammende kostspielige Vorhaben (so z.B. die ICBM „Topol-M“ [westlicher Code SS-X-27] oder der atombetriebene Raketenkreuzer „Pjotr Velikij“) erst jetzt zu Ende geführt werden. Sie werden immer wieder damit begründet, daß Rußland hochqualifiziertes Personal halten müsse und bei der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik (v.a. gegenüber dem Westen) nicht ins Hintertreffen geraten dürfe. Die faktische Rüstungsplanung dürfte mehr vom Selbstverständnis Rußlands als zumindest militärischer Supermacht denn von einer NATO-Erweiterung als solcher determiniert sein. Dies zeigt auch der Umstand, daß die in der späten Sowjetzeit in Wirtschaftswissenschaft und Politik durchaus angeregt geführte Diskussion um die Konversion (Umstellung auf zivile Produktion) der Rüstungsindustrie bereits zu einem Zeitpunkt einer auf Ausweitung der Rüstungsexporte Rußlands gerichteten Politik zur Einnahme von konvertierbarer Währung Platz gemacht hat, als die NATO-Osterweiterung noch nicht absehbar war.

Die derzeit laufende Militärreform sieht eine Verkleinerung der Streitkräfte (von 1,5 Mio. Anfang 1998 auf 1,2 Mio. Ende des Jahres) vor, wenngleich diese, wie Politiker und Militärs immer wieder betonen, die „Kampfbereitschaft“ nicht schwächen dürfe. Die Osterweiterung der NATO ist jedenfalls nicht dazu angetan, einen neuen Rüstungswettlauf auszulösen: Im

Westen gibt es dafür keinerlei politische Bereitschaft, und Rußland könnte ihn wirtschaftlich nicht mehr verkraften.

## **2. Erschwernisse für Rüstungskontrolle und Abrüstung?**

Maßgebliche russische Stimmen drohten angesichts einer NATO-Osterweiterung wiederholt mit einem Bruch des 1987 abgeschlossenen INF-Vertrages, Einstellung der Vernichtung der ICBM SS-18 („Satan“), einem Austritt aus dem CFE-Vertrag sowie der Verweigerung der Ratifizierung des START II-Vertrages und der Chemiewaffenkonvention (beide von 1993).

Der CFE-Vertrag wird, wie erwähnt, ohnedies „modernisiert“. Die C-Waffen-Konvention wurde vom russischen Parlament im Herbst 1997 - unter dem Vorbehalt des Austritts für den Fall nicht näher spezifizierter „außerordentlicher Ereignisse“, die „oberste Interessen Rußlands berühren“ - ratifiziert<sup>55</sup>. Die Ratifizierung von START II und eine NATO-Osterweiterung haben im Prinzip nichts miteinander zu tun, und es gibt keinen Grund, sich von Moskau eine solche Verknüpfung aufdrängen zu lassen. Das „offizielle“ Moskau ist für die Ratifizierung von START II, während die die Staatsduma beherrschenden Kommunisten und Nationalisten ins Treffen führen, daß der Vertrag einseitig die USA (die ihn 1996 ratifiziert haben) begünstige.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind für Moskau kein Selbstzweck. Es läßt sich nur darauf ein, wenn es überzeugt ist, mehr sicherheits- und militärpolitischen Nutzen zu haben als die anderen betroffenen Länder. Rußland ist im Bedarfsfall auch in der Lage, abgeschlossene Verträge zu brechen. Das zeigte u.a. die Militärintervention in Tschetschenien: Entsprechend den Wiener KSZE-Dokumenten von 1992 ist jede Truppenbewegung von über 9.000 Mann zu notifizieren, zu einer von über 13.000 Mann müssen Beobachter eingeladen werden<sup>56</sup>. Dazu kam es aber nicht, obwohl die Moskauer Ministerien für Verteidigung und Inneres Ende 1994 ca. 40.000 Soldaten gegen Tschetschenien in Marsch gesetzt hatten.

## **3. Forcierung der „Integration“ in der GUS durch Rußland?**

Erklärtes Ziel Rußlands ist die Schaffung eines von ihm dominierten „gemeinsamen Verteidigungsraumes“ der GUS. Moskau sieht eine NATO-Osterweiterung auch als Herausforderung für seine Vorhaben auf dem Gebiet der früheren UdSSR an. Besonders nachdrücklich warnt es immer wieder vor NATO-Mitgliedschaften früherer Sowjetrepubliken, auch wenn diese in der Allianz selbst nicht zur Diskussion stehen.

Moskaus Anstrengungen, bei den früheren Sowjetrepubliken Bedrohungsgefühle zu erzeugen, sie gegen die NATO-Erweiterung zu mobilisieren und somit in dieser Angelegenheit hinter sich zu bringen, waren nur Teilerfolge beschieden. Lediglich der autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko unterstützt die russische Position vorbehaltlos. Demgegenüber haben v.a. die Ukraine, Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan immer wieder klargemacht, daß sie die Moskauer Bedenken nicht teilen und in der Allianz nicht nur keine Gefahr sehen, sondern mit ihr effektiv zusammenarbeiten wollen.

Rußland würde zweifellos auch ohne Ausdehnung der NATO einen Militärpakt der GUS anstreben, da dies ein wichtiges Element seiner Dominanz im sog. „postsowjetischen Raum“

---

<sup>55</sup> Vgl. das entsprechende Gesetz in: Rossijskaja gazeta 11.11.1997, S. 4.

<sup>56</sup> Vgl. Europäische Sicherheit 6/1995, S. 37.

wäre. Das Moskauer Drängen auf möglichst enge „Integration“ in der GUS läßt insgesamt keine Korrelation mit dem Verhalten der NATO erkennen. Daher ist wegen ihrer Erweiterung auch nicht von (noch) stärkerem Druck Rußlands auf die anderen GUS-Staaten auszugehen.

#### **4. Rußland - auf dem Weg in die „Arme Chinas“?**

Rußland hat dem Westen für den Fall einer NATO-Osterweiterung immer wieder mit einer außenpolitischen Neuorientierung nach „Osten“ (China) und „Süden“ (arabische Länder, Iran, Indien) gedroht. Die russischen Anstrengungen, China gegen eine NATO-Osterweiterung zu mobilisieren, waren insofern erfolgreich, als es sich tatsächlich mehrmals dagegen ausgesprochen hat. Dafür unterstützt Moskau Pekings Standpunkt, daß Taiwan und Tibet „Teile Chinas“ sind. Beide Staaten kritisieren sich offiziell nicht, weisen eine ähnliche außenpolitische Stoßrichtung auf und kooperieren auf vielen Gebieten, wobei ziviler Atomtechnik und dem Rüstungsbereich besondere Bedeutung zukommt: China modernisiert seine Armee (auch) durch umfangreiche Waffenkäufe in Rußland.

All das bedeutet allerdings aus mehreren Gründen nicht, daß Rußland - wie im Westen immer wieder argumentiert - durch eine NATO-Erweiterung „in die Arme Chinas getrieben“ wird. Es ist im Gegenteil sehr unwahrscheinlich, daß sich China wirklich auf ein „antiwestliches“ Bündnis mit Rußland einläßt. Erstens ist Peking an guten Beziehungen zu den USA und zum Westen durchaus interessiert, und zweitens hat es als aufstrebende Wirtschafts- und Militärmacht keinen rationalen Grund, seine Außen- und Sicherheitspolitik mit dem krisengeschüttelten Rußland, das zudem nur ca. ein Achtel der Einwohner Chinas hat, „abzustimmen“ oder sich gar von diesem vereinnahmen zu lassen. Dagegen spricht auch die historische Erfahrung: China hat sich Anfang der 60er Jahre von der Sowjetunion losgesagt, als es sehr viel schwächer war als diese. Umso weniger ist anzunehmen, daß es sich jetzt für die Ziele Moskaus einspannen lassen wird. Zudem sind für die Zukunft durchaus Spannungen zwischen den beiden Staaten denkbar. In Rußland gibt es bereits seit geraumer Zeit Befürchtungen, daß das übervölkerte China einmal begehrlche Blicke auf die riesigen und dünn besiedelten Weiten Sibiriens werfen könnte. Bereits jetzt wohnen zahlreiche Chinesen illegal im russischen Fernen Osten.

Die häufig anzutreffende Vorstellung, daß eine NATO-Osterweiterung Rußland zwangsläufig vom Westen „wegtreibt“, ist noch aus anderen Gründen unzutreffend. Sie läuft nämlich darauf hinaus, daß Rußland vom Westen quasi in eine bestimmte Richtung „dirigiert“ werden könnte: Eine NATO-Ausdehnung bewirke dessen Annäherung an China, den Iran usw., während es ein Verzicht auf diese „prowestlich“ werden ließe. Dies verkennt jedoch entschieden die realen Entscheidungsmechanismen russischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die bereits seit 1993 zu beobachtende (Wieder-)Annäherung Moskaus an Serbien, China, den Irak und den Iran geht nicht ursächlich auf die NATO bzw. die Pläne zu ihrer Osterweiterung zurück, sondern ist v.a. ein Ausdruck der vom „patriotischen Konsens“ verlangten Distanzierung vom Westen und der Bewunderung nicht nur kommunistischer und nationalistischer russischer Politiker für den nicht- bzw. antiwestlichen Entwicklungsweg der genannten Länder. Ein Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung würde auch deswegen nicht zu einer „Versöhnung“ Rußlands mit dem Westen führen, weil es dann den Beweis erbracht sähe, daß eine angebliche oder tatsächliche Ostorientierung seiner Außenpolitik geeignet ist, seine Interessen im Westen durchzusetzen. Es wäre daher nur eine Frage der Zeit, bis Moskau dem Westen bzw. der NATO weitere Forderungen stellte - wieder mit dem Hinweis, daß es im Falle der Nichterfüllung an China usw. heranrücken werde.



## **5. Russische Wirtschaftssanktionen?**

Der russische Botschafter in Prag, Nikolaj Rjabow, erregte mit der Drohung der „Revision“ von Verträgen über die Lieferung von Energieträgern im März 1997 einiges Aufsehen. Nach heftigen Protesten Tschechiens distanzierte sich das offizielle Moskau von Rjabow. Dazu kamen russische Drohungen an die Adresse der NATO-Beitrittswerber, den Ölpreis drastisch zu erhöhen (so der stellvertretende Außenminister Sergej Krylow 1995), Rohstoffexporte einzustellen bzw. begrenzen (so der seinerzeitige Atomminister Viktor Michajlow) und Ersatzteillieferungen für Waffen und Rüstungsmaterial zu verweigern (Gratschow 1996). Westlichen Staaten drohte man u.a. eine Schädigung ihrer Industrieinteressen in Rußland (Lebed 1996) und eine Verweigerung der Bedienung der Auslandsschulden (so indirekt der „demokratische“ Politiker Anatolij Tschubajs 1997) an.

Es können kaum Zweifel bestehen, daß Rußland unter Maßnahmen auf wirtschaftlicher Ebene ebenso - oder sogar mehr - leiden würde als eine größere NATO und westliche Länder bzw. von ihnen dominierte internationale Finanzorganisationen, gegen die sie eigentlich gerichtet wären. Ebenso klar ist allerdings, daß Moskau davon ausgeht, daß es gar nicht so weit kommt: Die Drohgebärden sollen v.a. rhetorisch Entschlossenheit demonstrieren und die westlichen Gegner einer NATO-Erweiterung stärken. Die tatsächliche Bereitschaft, Wirtschaftssanktionen zu verhängen, dürfte gering (wenn überhaupt vorhanden) sein.

### **Der Kosovo-Konflikt**

Seit dem Frühjahr 1998 sorgt der bewaffnete Konflikt in der zu 90% von Albanern bewohnten südserbischen Provinz Kosovo für zusätzliche Irritationen im Verhältnis zwischen der NATO und Rußland. Moskau hat dabei eine völlige eindeutige Position bezogen, welche die russische Militärzeitung wie folgt zusammenfaßt: „Rußland ist nach wie vor das einzige Land, das Belgrad konsequent unterstützt“<sup>57</sup>. In der Vergangenheit hat Moskau seinen Einfluß stets dazu eingesetzt, Serbien gegenüber dem Westen in Schutz zu nehmen, nicht aber, um es zu einer effektiven Revision seiner Positionen zu bewegen. Eine Moskauer Zeitung bezeichnete es anläßlich des Treffens Jelzins mit seinem jugoslawischen Amtskollegen Slobodan Milosevic (16.6.1998) denn auch als das Hauptziel Rußlands, „die Serben vor NATO-Bombardements zu retten“<sup>58</sup>.

Zahlreiche russische Politiker und Medienberichte machten immer wieder den Westen, die USA und die NATO für die Kosovo-Krise mit- oder sogar hauptverantwortlich. Serbien gilt in Rußland als „Opfer“ „westlicher Willkür“, die auch Rußland drohe bzw. der es bereits ausgesetzt sei. Die Militärzeitung warnte auch deswegen vor einem Vorgehen der NATO gegen Serbien, weil damit ein „Präzedenzfall“ geschaffen werde und „jedes Land, das eine von den USA unabhängige Außenpolitik ... demonstriert“, angegriffen werden könnte - auch Rußland<sup>59</sup>. Im Kosovo zeige sich, daß sich die NATO anmaße, „anderen Mitgliedern der Weltgemeinschaft ihre Bedingungen zu diktieren“<sup>60</sup>.

Rußland forderte für eine Militärintervention gegen serbische Kräfte im Kosovo ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates und machte gleichzeitig klar, daß es ein solches mit seinem Vetorecht in jedem Fall zu blockieren gedenkt. Dies ist eine konsequente Fortsetzung der

---

<sup>57</sup> Krasnaja zvezda 10.7.1998, S. 3.

<sup>58</sup> Izvestija 17.6.1998, S. 1.

<sup>59</sup> Krasnaja zvezda 4.6.1998, S. 3; Krasnaja zvezda 17.6.1998, S. 3; Krasnaja zvezda 19.6.1998, S. 3; Krasnaja zvezda 26.6.1998, S. 3.

<sup>60</sup> Interview mit Armeegeneral Viktor Prudnikow, Chef des Stabes zur Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit in der GUS; in Nezavisimoe voennoe obozrenie 23/1998, S. 7.

Moskauer Linie, die NATO der UNO (und/oder der OSZE) zu unterstellen zu versuchen. Zahlreiche russische Stimmen drohten der NATO für den Fall von NATO-Luftangriffen auf Serbien immer wieder mit einem Abbruch aller Kontakte, und Generaloberst Leonid Iwashow, Leiter der Hauptverwaltung für militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums, winkte mit dem Zaunpfahl eines „neuen Kalten Krieges“<sup>61</sup>. Rußland wollte damit offenbar den im Westen verbreiteten Unwillen, wegen dem Kosovo eine Verschlechterung der Beziehungen zu riskieren, ausnützen. Allerdings ist die Ernsthaftigkeit auch dieser Drohungen fraglich, denn mit einem definitiven Auszug aus dem NATO-Rußland-Rat (der in der „Grundakte“ nicht vorgesehen ist) würde sich Moskau um ein wichtiges Einflußinstrument in der NATO - und damit in der europäischen Sicherheitspolitik - bringen.

### **Mögliche Folgen des Verzichts auf eine NATO-Osterweiterung**

Im Westen (von Rußland selbst natürlich abgesehen) wird meist lediglich vor den angeblich negativen Auswirkungen einer NATO-Ausdehnung auf Rußland bzw. die Beziehungen zu diesem gewarnt. Nicht minder legitim, wenngleich kaum Gegenstand der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft ist jedoch die Frage nach den möglichen Auswirkungen eines Verzichts auf einen solchen Schritt.

Die „Maßnahmen“, die Rußland für den Fall der NATO-Erweiterung gerne ankündigt, sind entweder weitgehend unrealistisch (Wirtschaftssanktionen, Krieg) oder wurden bereits eingeleitet. Dies betrifft die Modernisierung des land- und seegestützten Kernwaffenarsenals ebenso wie das russische Drängen auf „Integration“ in der GUS und das Werben um Serbien, China, den Iran und den Irak. Eine Zurückweisung der ostmitteleuropäischen Beitrittswerber durch die NATO wäre nicht dazu geeignet, diese Prozesse zu verlangsamen, geschweige denn zu stoppen.

Der russische Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung ist aufgrund seines Ursprungs im „patriotischen Konsens“ nur bedingt rational faßbar. Daher würde ein Verzicht auf die NATO-Osterweiterung in Rußland auf keinen Fall „prowestliche“ oder sonst irgendwie „dankbare“ oder gar „freundschaftliche“ Gefühle auslösen - „das antiwestliche Ressentiment suchte sich ... nur einen neuen Gegenstand“<sup>62</sup>. V.a. aber entstünde - ganz unabhängig davon, welche Begründung die NATO offiziell gäbe - in erster Linie für die politische Klasse Rußlands, aber auch für die ganze Welt der Eindruck, daß das „schwache“ Rußland gegenüber dem „starken“ Westen und der NATO seinen Willen doch durchgesetzt hat. Die Glaubwürdigkeit der NATO würde stark reduziert, während Moskau seinen Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur drastisch erhöhte. Außerdem würde sich in Rußland die Erkenntnis verfestigen, daß Drohungen, Druck und Propaganda schließlich doch das gewünschte Ergebnis zeitigen, wenn man sie nur ausdauernd genug anwendet. Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis Rußland diese „bewährten“ Mittel wieder einsetzte, um weiteren Forderungen Nachdruck zu verleihen: Auflösung der NATO, Abzug der USA aus Europa, Verzicht auch auf eine Osterweiterung der EU, weitere Änderungen an Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen zu Gunsten Moskaus, mehr Einfluß auf die Länder Ostmitteleuropas usw. „Die Zeit“, die kaum als „Organ des Kalten Krieges“ verunglimpft werden kann, schrieb: „Die NATO-Öffnung auf Eis zu legen, wie manche auch im Westen angesichts der Moskauer Proteste und Drohungen empfehlen, wäre fatal. ... ein Rückzieher würde zum Signal dafür, daß der Westen Osteuropa als russische Einflußzone akzeptiert. Auch die

---

<sup>61</sup> Gastkommentar Iwashows, in *Nezavisimoe voennoe obozrenie* 23/1998, S. 1.

<sup>62</sup> *NZZ* 15./16.3.1997, S. 11.

reformfreudigste russische Führung würde darin die Bestätigung sehen, daß Drohungen als Mittel der Politik sich immer noch auszahlen<sup>63</sup>.

### **Schlußfolgerungen**

Die „Financial Times“ urteilte Anfang Juli 1998, daß nur Rußland den Nerv habe, „auf dem Status einer Großmacht zu bestehen und zugleich den Spendentopf hinzustellen“<sup>64</sup>. Obwohl es eigentlich wegen seiner Abhängigkeit von Krediten an besonders guten Beziehungen zum Westen interessiert sein müßte, fährt es fort, dessen Politik - und v.a. die der westlichen Führungsmacht USA und der NATO - entschieden zu konterkarieren. Dies ist offenkundig nur deswegen möglich, weil im Westen keine Bereitschaft besteht, Wirtschaftshilfe mit politischen Forderungen an Moskau zu verbinden.

Rußland erbringt noch etwa ein Zehntel der Wirtschaftsleistung der USA - und erhebt dennoch den Anspruch, eine Supermacht mit globalem Mitspracherecht zu sein. Die russische Außenpolitik ist auch angesichts der im Sommer 1998 weiter verschärften Wirtschaftskrise nicht differenzierter, zurückhaltender oder nachgiebiger geworden, und konkret hat die Heftigkeit der Kritik an der NATO und v.a. an ihrer Osterweiterung nicht nachgelassen. Auch der erhöhte Einfluß von Kommunisten und Nationalisten auf die im September 1998 gebildete Regierung von Ministerpräsident Jewgenij Primakow läßt für die überschaubare Zukunft keine Ansätze zu Mäßigung oder mehr Kopromißbereitschaft erwarten.

Der Widerstand Rußlands gegen die NATO entspringt - wie u.a. größtenteils sehr realitätsferne Konfliktszenarien zeigen<sup>65</sup> - keiner plausiblen Bedrohungsperzeption. Er ist stattdessen 1. nach innen ein wichtiges sinnstiftendes Element des „patriotischen Konsenses“ und steht 2. nach außen v.a. im Dienst einer Interessenpolitik, die darauf abzielt, dem Westen möglichst weitgehende politische, wirtschaftliche und militärische Konzessionen abzutrotzen. Russische Vertreter verwahren sich nach wie vor explizit gegen den Eindruck, daß eine gewisse Kooperation mit der NATO eine (und sei es indirekte) Zustimmung zu ihrer Osterweiterung bedeutet. Wiederkehrende westliche Versicherungen, daß Sicherheit in Europa ohne Rußland „nicht denkbar“ sei (so z.B. Solana Mitte Juni 1998 in Litauen), haben nicht dazu beigetragen, der NATO in Rußland ein besseres Image zu verschaffen: Die NATO-Osterweiterung wird nach wie vor als akute Bedrohung für die Sicherheit Rußlands und die Stabilität Europas angesehen. Maßgebliche Kräfte in Moskau versuchen zudem aktiv, eine NATO-Ausdehnung doch noch zu verhindern. So meinte Baburin (einer der Initiatoren der fraktionsübergreifenden Gruppe „AntiNATO“, der über 300 von 450 Abgeordnete aller Fraktionen der Staatsduma mit Ausnahme von „Jabloko“ angehören), daß es dafür eine „reale Chance“ gäbe. „Unsere Abgeordneten besuchen europäische Staaten, erklären den Führungen der Länder, Parlamentariern und der Öffentlichkeit unsere Position, öffnen ihnen über das Wesen des NATO-Blockes die Augen“<sup>66</sup>. Der Regierung und dem Außenministerium warf Baburin vor, sich bereits mit der NATO-Osterweiterung abgefunden zu haben. „Wir sagen: es ist unzulässig zu kapitulieren!“<sup>67</sup>

---

<sup>63</sup> Die Zeit 7/1996, S. 1.

<sup>64</sup> Zitiert nach Die Presse 8.7.1998, S. 2.

<sup>65</sup> Vgl. Martin Malek: Rußland und die Osterweiterung der NATO. „Neue Trennungslinien“ oder „Export von Stabilität“? In: Erich Reiter (Hg.): Österreich und die NATO. Die sicherheitspolitische Situation Österreichs nach der NATO-Erweiterung. Graz/Wien/Köln 1998, S. 266ff.

<sup>66</sup> Interview, in: Orientir 5/1998, S. 10.

<sup>67</sup> Zitiert nach Parlamentskaja gazeta 29.8.1998, S. 7.

Von teilweise brachialer russischer Rhetorik, die Entschlossenheit und Kompromißlosigkeit glaubwürdig machen will, sollte man sich nicht beeindruckt lassen. Rußland kalkuliert sein Risiko genau und nutzt dabei alle Konzessionen, die der Westen machen zu müssen glaubt. Die Erfahrung zeigt, daß Moskau seine Position immer so weit ausreizt, bis es auf definitiven Widerstand stößt; dann entwickelt es regelmäßig die Fähigkeit zu flexiblen Anpassungen oder sogar Kursänderungen. Als z.B. der Widerstand der Tschetschenen selbst nach einer eineinhalbjährigen großmaßstäblichen Militärintervention, die Massenverluste in der Zivilbevölkerung bewußt in Kauf nahm, nicht gebrochen war, sah sich Jelzin veranlaßt, einen Truppenabzug anzuordnen. Daher sind auch jene westlichen Beobachter und Analytiker im Irrtum, die zu einer Erfüllung der Forderungen Rußlands (darunter Verzicht auf eine NATO-Erweiterung) raten, um es quasi „ruhigzustellen“: Damit wird regelmäßig der gegenteilige Effekt erzielt, da es sich so nur bestätigt und veranlaßt sieht, neue Ansprüche zu erheben.

Manche westliche Kommentatoren empfehlen zur Lösung der Divergenzen zwischen der NATO und Rußland sogar, „auch völlig unberechtigte Befürchtungen der anderen Seite ernst zu nehmen“<sup>68</sup>. Die logische Umkehrung dieses Satzes lautet, daß *berechtigte* Anliegen (von Befürchtungen ganz abgesehen) einer Seite - z.B. das Bestreben der Ostmitteleuropäer, Instabilität und das Entstehen einer „Pufferzone“ zwischen der „alten“ NATO und dem Westrand der GUS nicht zuzulassen - *nicht ernst zu nehmen* sind. Das aber läßt offenkundig jede Plausibilität vermissen. Zudem würde Rußland wegen angeblicher oder tatsächlicher negativer Reaktionen des Auslandes keinesfalls auf eine ihm notwendig erscheinende politische Maßnahme (z.B. Beitritt zu einer internationalen Organisation) verzichten. Die westlichen wie russischen Gegner einer NATO-Erweiterung konnten bisher keinen einzigen Grund anführen, aus dem auf die Auffassung Moskaus in dieser Frage mehr Rücksicht zu nehmen ist als es selbst gegenüber den Standpunkten anderer Staaten (z.B. jener, die sich der NATO anschließen wollen) zu zeigen bereit ist.

In Rußland dürfte man die vollzogene NATO-Erweiterung unabhängig von allen neuen westlichen Krediten, der Aufnahme in internationale Finanzorganisationen, der „Grundakte“ und Änderungen von Rüstungskontrollabkommen zu seinen Gunsten mehrheitlich als Niederlage seiner außen- und sicherheitspolitischen Strategie interpretieren. Dies wird allerdings trotz aller Drohungen nicht dazu führen, daß Moskau die Kontakte zum Westen langfristig einschränkt, auch wenn vorübergehende Protestmaßnahmen (wie z.B. die Abberufung des Vertreters bei der NATO, General Viktor Sawarsin, aus Unmut über das NATO-Luftmanöver „Determined Falcon“ über Albanien und Mazedonien am 15.6.1998) jederzeit möglich sind. Im Gegenteil ist wahrscheinlich, daß es sich - nachdem es sich vergewissert hat, daß es mit fortgesetzter Fundamentalopposition nichts erreicht - nach einer gewissen Zeit sogar kooperativer zeigt.

MALEK Martin, Dr.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe Internationale Friedenssicherung  
der Landesverteidigungsakademie im Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien.

---

<sup>68</sup> Vgl. Franz Walter: Rußlands Reaktionen auf die beabsichtigte NATO-Osterweiterung. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolg der Transformation. BIOst, Jahrbuch 1996/97. München/Wien 1997, S. 368.